

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

AARAU

Altersheim von Cyberkriminellen erpresst

Ein Altersheim im aargauischen Schöftland ist im November Ziel eines Cyberangriffs geworden. Die Verantwortlichen bezahlten. Die Polizei sowie die Bundesstelle Melani wurden erst am 13. Dezember eingeschaltet, bestätigte ein Polizeisprecher einen Zeitungsbericht. Beim Angriff auf das IT-System wurde ein Trojaner platziert, der den Zugriff auf die Informationen blockierte. Wie viel Geld das Altersheim locker machen musste, ist nicht bekannt. (sda)

LUZERN

Behörden beschlagnahmen mehrere Dutzend Rinder

Der Veterinärdienst des Kantons Luzern hat einem Halter gestern mehrere Dutzend kranke Rinder weggenommen. Der Halter wird wegen Verstosses gegen das Tierschutzgesetz angezeigt. Der Anordnung, dass die erkrankten Tiere tierärztlich betreut werden müssen, sei der Halter nicht oder nur teilweise nachgekommen, sagte Hanspeter Vogler, vom Gesundheits- und Sozialdepartement auf Anfrage. (sda)

BERLIN

Berlin gedenkt der Terroropfer vom Weihnachtsmarkt



Ein Jahr nach dem Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin hat Deutschland gestern an die zwölf Toten und 100 Verletzten erinnert. Dort wo am 19. Dezember 2016 ein islamistischer Attentäter mit einem Lastwagen durch die Menge fuhr, wurde ein Mahnmahl eingeweiht: Ein knapp 17 Meter langer «Riss» aus Bronze im Boden symbolisiert den tiefen Einschnitt im Leben der Betroffenen. (sda)

BERLIN

SPD entscheidet am 21. Januar über Koalitionsgespräche

Die deutschen Sozialdemokraten wollen erst am 21. Januar auf einem Sonderparteitag entscheiden, ob sie Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU aufnehmen werden. Das teilte die Parteileitung gestern mit. Die Dauer der deutschen Regierungsbildung hat schon jetzt Rekordlänge. Der bisherige Rekord von 2013, als von der Bundestagswahl bis zur Vereidigung der neuen Regierung 86 Tage vergingen, wurde gestern eingestellt. (sda)

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Online suedostschweiz.ch



Facebook [Südostschweiz](https://www.facebook.com/Suedostschweiz)



Twitter [@suedostschweiz](https://twitter.com/suedostschweiz)



Instagram [so_bildredaktion](https://www.instagram.com/so_bildredaktion)

«Die SRG muss effizienter werden, um es zu schaffen»

Mitten im No-Billag-Abstimmungskampf legt der Bundesrat den Entwurf für die neue SRG-Konzession vor. Bakom-Chef Philipp Metzger: «Die SRG muss die Öffentlichkeitsarbeit ernster nehmen.»

mit Philipp Metzger sprach Dennis Bühler

Bundesrat und Verwaltung gelten nicht als sehr SRG-kritisch. Nun aber legen sie einen Vorschlag für eine neue Konzession vor, die den Auftrag des Medienhauses enger fasst (siehe Artikel unten). Und Philipp Metzger, Direktor des Bundesamts für Kommunikation, lässt Kritik mehr als nur durchschimmern.

Her Metzger, die SRG soll die Hälfte der Gebührenelder für die Informations-Sparte einsetzen. Besinnen Sie sich auf den Kernbereich des Service public zurück?

PHILIPP METZGER: Information war schon bisher ein zentraler Pfeiler des Service-public-Auftrags, für den die SRG rund 50 Prozent ihrer Gebühreneinnahmen einsetzte. In der Konzession halten wir nun klar fest, dass dieser Mindestanteil in Zukunft beibehalten werden soll, auch wenn die SRG ab nächstem Jahr einen rund 40 Millionen Franken tieferen Gebühren- beziehungsweise Abgabenteil erhält als heute.

Im Bereich der Unterhaltung muss sich die SRG fortan substantiell von kommerziellen Anbietern unterscheiden. War dies bisher zu wenig der Fall?

Die SRG unternimmt schon heute entsprechende Anstrengungen, in Zukunft muss sie diese noch verstärken. Die Unterscheidbarkeit gegenüber privaten Veranstaltern ist zentral.

Sie verpflichten die SRG, den Dialog mit der Öffentlichkeit zu intensivieren: Alle zwei Jahre muss sie über die Strategie für die nächsten zwei Jahre informieren. Bedeutet dies, dass Sie mit der bisherigen Kommunikation der SRG unzufrieden sind?

Die SRG hat bereits in der jüngeren Vergangenheit grosse Anstrengungen unternommen, sich dem Publikum zu erklären. Diese sind weiterzuführen. Neu ist, dass wir den Rhythmus vorgeben: Alle zwei Jahre muss sie sich umfassend erklären.

Mit anderen Worten: Sie sind unzufrieden. Es ist unbestritten, dass sich ein Unternehmen, das zu grossen Teilen mit Gebühren finanziert wird, stärker für sein Handeln rechtfertigen und mit dem Publikum austauschen muss als ein privater Medienverlag. Mit dem veränderten Nutzungsverhalten – beispielsweise nutzen immer weniger Menschen die SRG-Angebote linear – ist der Erklärungsbedarf markant gestiegen. Die SRG muss die Öffentlichkeitsarbeit noch ernster nehmen.



Bakom-Direktor Philipp Metzger: «Falls No Billag angenommen wird, ist dieser Vorschlag hinfällig» – eine neue Konzession braucht es nur, falls die SRG weiterbesteht.

Bild Martial Trezzini/Keystone

Sie stärken in der neuen Konzession die Sparte Sport. Ist die SRG nun quasi verpflichtet, die horrend teuren Rechte für die Übertragung von sportlichen Grossereignissen zu erwerben?

Der Sport ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil des Angebots, trotzdem war er bisher nicht Bestandteil der Konzession. Dies wollten wir ändern. Die SRG ist aber auch in Zukunft nicht verpflichtet, gewisse Rechte zu erwerben. Ob sie Olympische Spiele oder die Fussball-WM überträgt, hängt davon ab, ob sie sich den Preis für die Übertragungsrechte leisten kann und will. Sie muss aber über diese Ereignisse berichten, selbst wenn sie die Live-Rechte nicht besitzt.

Die SRG muss sparen, Sie untersagen es ihr aber bei der Information und auch bei der Kultur, die unverändert wichtig bleiben soll. Einfach machen Sie es ihr nicht.

Das ist so. Der neuen Konzession zu genügen, wird für die SRG eine grosse Herausforderung. Sie muss effizienter werden, um das zu schaffen.

In der neuen Konzession wird das Online-Angebot erstmals explizit zur Erfüllung des Service-public-Auftrags genannt. Soll sich die SRG damit im Internet stärker ausbreiten dürfen?

Nein, die neue Konzession gibt ihr im Internet keinen grösseren Spielraum. Das Online-Werbeverbot wird genauso aufrechterhalten wie die

Beschränkung der Zeichenzahl. Dennoch ist es wichtig, dass die SRG die sich inzwischen multimedial informierende und unterhaltende Bevölkerung auch im Internet erreicht. Deshalb haben wir das Online-Angebot in die Konzession geschrieben.

Die Gebühren sinken auf 365 Franken pro Jahr, nun wird der Konzessionsauftrag enger gefasst. Hat der Bundesrat damit alles unternommen, was in seiner Macht steht, um die No-Billag-Initiative zu bodigen?

Sowohl die Gebührensenkung als auch die neue Konzession haben mit der No-Billag-Initiative nichts zu tun. Erstere war schon im 2015 von der Stimmbewölkerung angenommenen revidierten Radio- und TV-Gesetz vorgesehen; und mit der neuen Konzession schaffen wir eine Übergangslösung, bis das neue Mediengesetz in Kraft tritt, dessen Entwurf im Juni 2018 in eine öffentliche Vernehmlassung gehen soll.

Wenn No Billag angenommen wird, war die Arbeit für diese neue Konzession für die Katz. Hätten Sie nicht warten können?

Wir wollten den Prozess nicht unnötig verzögern. Aber es ist so: Falls die Initiative angenommen wird, ist dieser Vorschlag hinfällig. Der heutige Leistungsauftrag der SRG würde Ende 2018 aufhören, für die Zeit danach müsste der Bundesrat per 1. Januar 2019 Ausführungsbestimmungen erlassen. Und danach wäre das Parlament als Gesetzgeber gefragt.

«Tagesschau» statt «Glanz & Gloria»

Der Bundesrat will, dass die SRG die Sparte Information stärkt und sich von Privaten abgrenzt. Die Verleger freuen sich, während SVP-Politikerin Natalie Rickli nicht an echtes Umdenken glaubt.

von Dennis Bühler

In 74 Tagen herrscht endlich Klarheit: Dann wird über die No-Billag-Initiative abgestimmt, die die Radio- und Fernsehgebühren abschaffen möchte und somit auch die SRG, wie wir sie heute kennen. Seit Wochen dominiert die radikale Vorlage die Schlagzeilen. Noch bevor über die Festtage vorübergehend Ruhe einkehren wird, schrieb der Bundesrat gestern ein weiteres Kapitel im Abstimmungskampf: Er präsentierte seinen Entwurf für die neue SRG-Konzession, die im Januar 2019 in Kraft treten soll. Das neue Regelwerk würde hinfällig, falls No Billag am 4. März angenommen werden sollte.

Der Bundesrat möchte die Ausrichtung der SRG in verschiedenen Punkten ändern. Um sich deutlicher von den Programmen der kommerziellen Anbieter zu unterscheiden, soll sich die SRG stärker auf Information fokussieren – ab 2019 soll sie mindestens die Hälfte ihrer Ein-

nahmen aus den Gebühreneldern für ihren Leistungsauftrag in dieser Sparte einsetzen. Also «Tagesschau» statt «Glanz & Gloria».

Dieser Punkt kommt bei SRG-Kritikern gut an: «Diese Auflage schärft den Auftrag der SRG», so Andreas Häuptli, Geschäftsführer des Verlegerverbandes. Auch die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli sagt: «Ich begrüsse die Konzentration auf Information.» Wichtig sei, dass dies nur für Radio und TV gelte, deren Programme selbstverständlich auch im Internet ausgestrahlt werden dürften. «Es darf nicht dazu führen, dass noch mehr Gebührenelder ins Internet fließen, mit welchen die SRG die bestehenden privaten Portale auch in der Information noch stärker konkurrenziert.»

Mehr Eigenproduktionen gefordert

Inhaltlich betrifft die Abgrenzung zu privaten Anbietern insbesondere die Unterhaltung: So sollen verschiedene Genres ausgestrahlt und

Eigenproduktionen entwickelt werden. Auch dies freut Häuptli: «Den Zweiteiler 'Private Banking' fand ich hervorragend – gerne mehr davon!» Auch Rickli hofft auf mehr Unterschiede zwischen SRG und Privaten. Nur: «Schon heute steht in der Konzession, dass die SRG die Unverwechselbarkeit ihrer Programme sicherstellt und sich von den kommerziellen Veranstaltern unterscheiden soll», sagt sie. «Offensichtlich hat es den Bundesrat die letzten Jahre weder interessiert, noch hatte es Konsequenzen, dass dies nicht der Fall war.»

Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas, der No Billag ablehnt, ist zufrieden mit dem Konzessionsentwurf. «Er beweist, dass die SRG – anders als von den Initianten behauptet – von der Politik nicht geschont wird.» SRG-Verwaltungsratspräsident Jean-Michel Cina und SRF-Chefredaktor Tristan Brenn wollten sich gestern noch nicht dazu äussern, was die neuen Konzessionsauflagen für sie bedeuten.